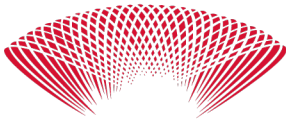


Agenda für die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie Deutschlands

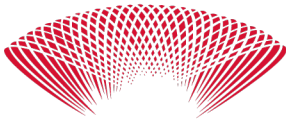
Handlungsempfehlungen für die 21. Legislaturperiode

Ein Positionspapier des
Wirtschaftsforums der SPD e.V.



Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|-----------|
| 1. Einleitung | 3 |
| 2. Mehr kooperative Industriepolitik für die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie | 5 |
| <i>Intensivierung des industriepolitischen Dialogs.....</i> | <i>5</i> |
| <i>Definition und Beschaffung von Schlüsseltechnologien und zentraler Technologiefelder.....</i> | <i>5</i> |
| <i>Europäische Kooperation und strategische Autonomie.....</i> | <i>6</i> |
| <i>Förderung digitaler Technologien und Forschung & Entwicklung</i> | <i>6</i> |
| <i>Fachkräftesicherung</i> | <i>7</i> |
| 3. Finanzierung und Finanzierungsinstrumente für die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie..... | 7 |
| <i>Langfristige und strategische Finanzierungsmechanismen</i> | <i>7</i> |
| <i>Stärkung der europäischen Finanzierungsinstrumente für die Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeit</i> | <i>8</i> |
| <i>Investitionen in digitale Technologien</i> | <i>8</i> |
| 4. Beschaffungsprozesse der Bundeswehr | 9 |
| <i>Wettbewerbsfähige und leistungsstarke SVI als Grundlage für Deutschlands Bündnisfähigkeit</i> | <i>9</i> |
| <i>Modernisierung der Vergabeprozesse und Beschleunigung der Beschaffung</i> | <i>9</i> |
| <i>Förderung von Start-ups und KMU in der Verteidigungsindustrie.....</i> | <i>10</i> |
| <i>Digitalisierung der Beschaffung und Prozessautomatisierung</i> | <i>10</i> |
| 5. Rüstungsexportpolitik: Verlässlichkeit und europäische Harmonisierung..... | 11 |
| <i>Europäische Harmonisierung der Exportgenehmigungen</i> | <i>11</i> |



I. Einleitung

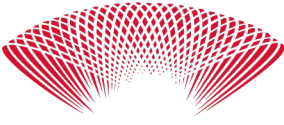
Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands, der am 24. Februar 2022 begann, hat die geopolitische Landschaft in Europa und darüber hinaus grundlegend verändert. Der russische Angriffskrieg ist der Versuch, die außen- und sicherheitspolitische Architektur und das Kräfteparallelogramm in Europa grundlegend zu verschieben. Das stellt die NATO, die Europäische Union (EU) und Deutschland, als ein zentraler Partner in beiden Bündnissen, vor neue Herausforderungen. Dieser Konflikt mitten in Europa geht über Europa hinaus. Neue geopolitische Konfliktfelder und -regionen zeichnen sich ab, neue Blockbildungen können sich entwickeln und damit eine Veränderung der geopolitischen Architektur. Dies wird die deutsche und europäische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf Jahre bestimmen, einen Status Quo Ante wird es nicht geben.

Die jüngsten Entwicklungen, die ohne Einbindung von der Ukraine und der EU stattfindenden Gespräche über eine mögliche Beendigung des Ukraine Krieges zeigen, Grundwerte und Grundvertrauen innerhalb der NATO stehen zur Disposition. Darauf muss Europa eine gemeinsame politische und auch eine verteidigungs- und sicherheitspolitische Antwort geben. Europa steht zu den Grundprinzipien der NATO, muss aber seine Fähigkeiten zur Verteidigung unabhängig von den USA stärken. Dazu sind sowohl schnelle politische wie auch finanzielle und beschaffungspolitische Maßnahmen erforderlich.

Die EU ist sich einig, dass die militärische Verteidigungs- und Bündnisfähigkeit angesichts der neuen Bedrohungslage gestärkt und verbessert werden muss. Gerade für die Bundeswehr gilt, dass sie ihre Fähigkeiten zur Landesverteidigung und zur Erfüllung ihrer Bündnisverpflichtungen schnell und umfassend verbessern muss. Dies gilt für alle Domänen.

Die deutsche Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (SVI) spielt eine zentrale Rolle für die nationale und europäische Sicherheit, die technologische Souveränität und Resilienz Deutschlands und steht angesichts globaler sicherheitspolitischer Herausforderungen, neuer Bedrohungsszenarien und geopolitischer Spannungen vor entscheidenden Weichenstellungen. Sicherheits- und industriepolitische Rahmenbedingungen müssen strategisch weiterentwickelt werden.

Die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie als Ausrüster von Streitkräften und staatlichen Sicherheitsorganen ist – anders als sonstige Industrie-Branchen – immer von politischen und staatlichen Entscheidungen und Rahmenbedingungen (Bedrohungslage, Haushalt, Beschaffung etc.) abhängig. Dabei sind die Strukturen und Rahmenbedingungen in den jeweiligen Partnerländern sehr unterschiedlich. In vielen – auch europäischen Ländern – ist die jeweilige nationale Sicherheits- und Verteidigungsindustrie wesentlich mehr mit den jeweiligen staatlichen Beschaffungsstrukturen verwoben als in Deutschland und wird teilweise sogar unmittelbar von der eigenen Regierung getragen.



Dies muss im Hinblick auf die Situation der privatwirtschaftlich organisierten deutsche Sicherheits- und Verteidigungsindustrie und deren Zukunftsfähigkeit berücksichtigt werden, denn es existiert in Europa und im NATO-Bereich keine Chancengleichheit ("Level-Playing- Field").

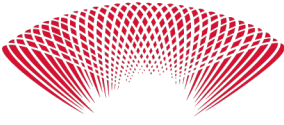
Um auf die neuen Anforderungen aufgrund der neuen geopolitischen Lage reagieren zu können, brauchen Europa und Deutschland eine verlässliche, integrierte industriepolitische Strategie, verbunden mit einer klaren Aufgabenverteilung. Dazu gehört wesentlich die Identifizierung und gezielte Förderung von Schlüsseltechnologien, die eine wesentliche Voraussetzung dafür sind, um Souveränität und Resilienz in Europa und Deutschland auch verteidigungspolitisch zu gewährleisten.

Deutschland steht dabei vor der Herausforderung seine Verteidigungsfähigkeit im Einklang mit Bündnisverpflichtungen, insbesondere innerhalb der NATO und der Europäischen Union, zu sichern und zu stärken. Um dies zu gewährleisten ist eine sicherheits- und verteidigungsindustrielle Basis, die wettbewerbsfähig, innovativ und resilient ist, unverzichtbar.

Dabei sind vier zentrale Herausforderungen zu bewältigen:

- Erstens erfordert die zunehmende Digitalisierung und Technologisierung des Gefechtsfeldes eine gezielte Förderung von Forschung und Entwicklung sowie eine engere industriepolitische Zusammenarbeit auf nationaler und europäischer Ebene. Außerdem muss die europäische Sicherheits- und Verteidigungsindustrie gestärkt werden, um eine höhere Unabhängigkeit bei der Beschaffung und der Entwicklung neuer Systeme zu ermöglichen. Dazu gehört auch die Sicherung von zentralen Rohstoffen sowie eine verstärkte Kooperation europäischer Unternehmen der SVI zur Entwicklung und Skalierung notwendiger verteidigungs- und sicherheitspolitischer Systeme.
- Zweitens bedarf es einer langfristigen und stabilen Finanzierung der SVI, die über Legislaturperioden hinausgeht und Investitionen in Rüstungsgüter und Schlüsseltechnologien ermöglicht.
- Drittens müssen die Beschaffungsprozesse der Bundeswehr effizienter, innovationsfreundlicher und kompatibler mit internationalen Partnern gestaltet werden.
- Viertens muss die Rüstungsexportpolitik reformiert werden, um Planungs- und Rechtssicherheit für Unternehmen zu schaffen, ohne dabei sicherheitspolitische und rechtliche Grundsätze zu vernachlässigen.

Nur durch strategische Investitionen, moderne Beschaffungsstrukturen, eine innovationsfreundliche Industriepolitik und eine berechenbare Exportregelung kann Deutschland seine technologische Souveränität wahren und seine sicherheitspolitischen Verpflichtungen zuverlässig erfüllen.



2. Mehr kooperative Industriepolitik für die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie

Die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der deutschen SVI hängen maßgeblich von einer gezielten industriepolitischen Förderung ab. Es braucht eine strategisch ausgerichtete Industriepolitik, die Forschung und Entwicklung (F&E) fördert, nationale Schlüsseltechnologien definiert und gleichzeitig europäische Kooperationsmöglichkeiten stärkt. Eine nachhaltige Industriepolitik muss dabei vier zentrale Ziele verfolgen:

1. Verbesserung und Neustrukturierung der Entscheidungsprozesse im Rahmen der Bundesregierung im Hinblick auf Beschaffungsprojekte sowie Exportgenehmigungen
2. Den strukturierten industriepolitischen Dialog zwischen Staat und Wirtschaft, um Planbarkeit und Innovationsfähigkeit zu erhöhen.
3. Die verbindliche Definition und Beschaffung von Schlüsseltechnologien, um langfristige Resilienz und strategische Handlungsfähigkeit zu gewährleisten.
4. Die Förderung digitaler Technologien und Forschungsinitiativen, um Deutschlands technologische Souveränität zu sichern.

Intensivierung des industriepolitischen Dialogs

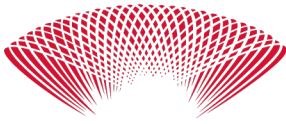
Ein enger Austausch zwischen der Bundesregierung und der SVI ist essenziell, um Forschung, Produktion und Beschaffung strategisch abzustimmen. Fehlende Kommunikation und bürokratische Hürden haben in der Vergangenheit dazu geführt, dass industrielle Kapazitäten nicht optimal genutzt werden konnten.

Empfohlene Maßnahmen

- Regelmäßige industriepolitische Konsultationen zwischen Regierung, Bundeswehr und Industrievertretern, um zukünftige Beschaffungs- und Technologietrends frühzeitig abzustimmen.
- Bessere Einbindung der Industrie in die sicherheitspolitische Strategieplanung, um Marktpotenziale zu optimieren und wirtschaftliche Abhängigkeiten zu vermeiden.
- Zu schnelleren Beschaffung und zum Schließen von Fähigkeitslücken sollte auf bestehende Systeme und Technologien zurückgegriffen werden.
- Technologische Entwicklungen und Innovationen müssen unterstützt und koordiniert vorangetrieben werden.

Definition und Beschaffung von Schlüsseltechnologien und zentraler Technologiefelder

Die gezielte Förderung von Schlüsseltechnologien und zentraler Technologiefelder ist entscheidend für die sicherheits- und verteidigungspolitische Souveränität Deutschlands. Es bedarf einer klaren Top-Down-Definition von Schlüsseltechnologien, um die Abhängigkeit von ausländischen Zulieferern zu reduzieren.



Empfohlene Maßnahmen

- Sicherung und Stärkung der deutschen Unternehmen der SVI, deren industrielle Basis, deren Innovations- und Investitionskraft sowie Nutzung der wissenschaftlichen und industriellen Kompetenzen in anderen Wirtschaftsbereichen.
- Aktualisierung und Konkretisierung von Schlüsseltechnologien und zentraler Technologiefelder für die jeweiligen Teilstreitkräfte entsprechend der aktuellen sicherheitspolitischen Lage.
- Langfristige Finanzierungszusagen für Schlüsseltechnologien und zentrale Technologiefelder, damit Unternehmen nachhaltige Investitionen tätigen können.
- Verbindliche Beschaffung einmal definierter Schlüsseltechnologien, um die industrielle Planbarkeit zu verbessern und Innovationen tatsächlich in die Truppe zu bringen.

Europäische Kooperation und strategische Autonomie

Während eine nationale Schlüsseltechnologiestrategie essenziell ist, darf sie nicht im Widerspruch zur europäischen Verteidigungskooperation stehen. Deutschland muss in der Lage sein, seine nationalen Interessen auch innerhalb multinationaler Programme zu wahren.

Empfohlene Maßnahmen

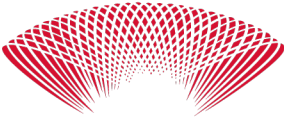
- Integration deutscher Schlüsseltechnologien in europäische Projekte, um industrielle Kooperationen zu ermöglichen, ohne nationale Interessen zu gefährden.
- Gezielte Einflussnahme Deutschlands in EU-Verteidigungsprogrammen (EDIS, EDIP), um ein Level-Playing-Field für die deutsche SVI zu gewährleisten.
- Etablierung einer europäischen Kooperations- und Konsolidierungskultur in der SVI, bei der nationale Kompetenzen und Fähigkeiten sowie deren industriepolitische Bedeutung berücksichtigt werden.
- Standardisierung von Systemen und Stärkung der Interoperabilität.

Förderung digitaler Technologien und Forschung & Entwicklung

Die digitale Transformation verändert die Kriegsführung grundlegend. Die Zukunft der Verteidigungstechnologie liegt in Cyber-Sicherheit, Künstlicher Intelligenz (KI), autonomen Systemen und der digitalen Vernetzung von Waffensystemen. Daher muss gezielt in die Forschung und Entwicklung diese Bereiche investiert werden, um sowohl die Innovationsfähigkeit der SVI als auch die Unabhängigkeit von ausländischen Anbietern sicherzustellen.

Empfohlene Maßnahmen

- Erhöhung der staatlichen Investitionen in wehrtechnische Forschung & Entwicklung, insbesondere in den Bereichen KI, Quantencomputing und Cyber-Resilienz.
- Stärkere Vernetzung des Know-Hows wissenschaftlicher Einrichtungen mit Unternehmen der SVI und Kooperation bei Dual-Use Gütern.
- Förderung von Start-ups und mittelständischen Unternehmen (KMU), die Innovationen und relevante Technologien für die Verteidigungsindustrie entwickeln.



- Bessere Vernetzung zwischen Forschungseinrichtungen, Universitäten und Industrie, um technologische Entwicklungen schneller in marktfähige Produkte zu überführen.
- Europäische Forschungsinitiativen gezielt nutzen, um die Unabhängigkeit von Drittstaaten zu reduzieren und den Technologievorsprung Europas auszubauen.

Fachkräftesicherung

Das notwendige Wachstum der SVI muss von Maßnahmen zur Rekrutierung neuer Fachkräfte sowie gezielten Qualifizierungsmaßnahmen von Fachkräften aus anderen Branchen begleitet werden. Etwaige Hürden im Rahmen von Sicherheitsüberprüfungen müssen überprüft und pragmatisch angepasst werden.

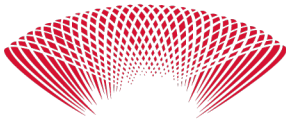
3. Finanzierung und Finanzierungsinstrumente für die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie

Die sicherheitspolitische Zeitenwende, ausgelöst durch den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands, hat die sicherheits- und verteidigungspolitischen Rahmenbedingungen für Deutschland grundlegend verändert. Eine leistungsfähige und resiliente Sicherheits- und Verteidigungsindustrie ist essenzieller denn je, für die Wehrhaftigkeit Deutschlands und seine Rolle als verlässlicher Partner in internationalen Bündnissen. Eine nachhaltige und langfristig gesicherte Finanzierung ist dabei die Grundvoraussetzung, um Planungs- und Investitionssicherheit für Unternehmen zu schaffen und die Forschung und Entwicklung innovativer Technologien zu fördern. Der Staat muss verlässliche Finanzierungsmechanismen etablieren, um Investitionen zu fördern und Deutschlands Rolle als sicherheitspolitischer Akteur zu stärken.

Die Bundesregierung sollte darauf hinwirken, dass Finanzmarkt-Akteure, Versicherungen und Zulieferer zeitnah ein deutliches staatliches Signal erhalten wonach sie die Nachhaltigkeit der Ausrüstungsaktivitäten für Streitkräfte und staatlichen Sicherheitsorgane in EU und NATO generell positiv einzuordnen haben und diese von den ESG-Beurteilungskriterien nicht erfasst werden.

Langfristige und strategische Finanzierungsmechanismen

Mit dem 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen hat die Bundesregierung einen ersten Schritt zur Stärkung der Bundeswehr und ihrer Ausrüstung unternommen. Dies allein reicht nicht aus. Die finanzielle Ausstattung muss sich an der veränderten geopolitischen und sicherheitspolitischen Entwicklung, der Schließung von Fähigkeitslücken und der Verteidigungsfähigkeit im Rahmen der NATO orientieren. Mit der geplanten Aussetzung der Schuldenbremse zur Stärkung der Bundeswehr, jenseits von 1 Prozent des BIP für den Einzelplan 14, ist nun ein flexibles, an den notwendigen Fähigkeiten zur Verteidigungs- und Bündnisfähigkeit orientiertes Instrument entwickelt worden. Jetzt kommt es darauf an, mit diesen Geldern ein mehrjähriges Beschaffungsprogramm auf den Weg zu bringen, das die Fähigkeitslücken der Bundeswehr schließt und die gewachsenen Anforderungen im Rahmen der NATO Planung zu realisieren. Mit diesen



Finanzierungsinstrumenten muss gleichzeitig gewährleistet sein, dass die zusätzlichen Personal- und Instandhaltungskosten abgesichert werden.

Die neuen Finanzierungsmechanismen müssen sicherstellen, dass Projekte effizient umgesetzt, Produktionskapazitäten planbar ausgebaut und Lieferketten sichergestellt und technologische Innovationen nachhaltig gefördert werden.

Es kommt auf folgende Maßnahmen an:

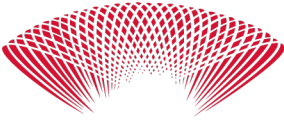
- Ein gezieltes Beschaffungsprogramm zur Schließung von Fähigkeitslücken und zur vollen Einsatzfähigkeit aller Teilstreitkräfte
- Zur Stärkung der Unternehmen der SVI kann im Bedarfsfall auch eine staatliche Beteiligung an diesen Unternehmen notwendig sein.
- Die langfristige Instandhaltung und Modernisierung bestehender Waffensysteme
- Die Finanzierung militärischer Forschung und Entwicklung

Stärkung der europäischen Finanzierungsinstrumente für die Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeit

Die Beratungen der Staats- und Regierungschefs und der Vorschlag der Kommission in den nächsten Jahren bis zu 800 Milliarden in die Verteidigungsfähigkeit zusätzlich zu investieren, darin enthalten ein 150 Milliarden großer Kreditfonds der EU für solche Maßnahmen, sind ein wichtiges außen-, sicherheits- und verteidigungspolitisches Signal und müssen nun möglichst schnell verbindlich auf den Weg gebracht werden. Dazu ist es erforderlich, die europäischen Schuldenregeln anzupassen. Ebenso müssen die Rahmenbedingungen auf europäischer Ebene angepasst werden, um die Attraktivität von Investitionen in die deutsche SVI zu erhöhen.

Investitionen in digitale Technologien

Die sicherheitspolitischen Herausforderungen der Zukunft erfordern verstärkte Investitionen in digitale und IT-basierte Technologien. Moderne Konfliktszenarien zeigen, dass das Gefecht zunehmend auf der digitalen Ebene stattfindet – von Cyberabwehr bis hin zu KI-gestützten Analyse- und Waffensystemen. Ein finanzieller Hochlauf in diesem Bereich ist unerlässlich, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie zu sichern und die Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr mit innovativen Technologien zu stärken. Besonders in den Bereichen Informationsüberlegenheit, elektronische Kampfführung und autonome Systeme sind gezielte Investitionen erforderlich, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie zu erhalten und damit Deutschlands Wehrhaftigkeit und technologische Souveränität zu sichern.



4. Beschaffungsprozesse der Bundeswehr

Eine effiziente und schnelle Beschaffung militärischer Ausrüstung ist eine Grundvoraussetzung für die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen SVI. Angesichts der aktuellen Bedrohungslage und der neuen strategischen Anforderungen muss Deutschland seine Beschaffungsprozesse grundlegend modernisieren, um die Handlungsfähigkeit seiner Streitkräfte sicherzustellen.

Wettbewerbsfähige und leistungsstarke SVI als Grundlage für Deutschlands Bündnisfähigkeit

Deutschland ist als NATO- und EU-Partner auf eine wettbewerbsfähige und resiliente Verteidigungsindustrie angewiesen. Doch aktuell sind die Beschaffungsstrukturen trotz deutlicher Verbesserungen nach wie vor ineffizient, langsam und durch übermäßige Bürokratie belastet.

Ein zentrales Problem ist das sogenannte Gold-Plating – die übermäßige nationale Regulierung und Spezifikation von Beschaffungsvorgaben, die über internationale Standards hinausgehen. Dies führt zu höheren Kosten, Verzögerungen und erschwert die Zusammenarbeit mit Bündnispartnern. Um die Geschwindigkeit und Effizienz in der Beschaffung zu erhöhen, ist eine Normalisierung und Standardisierung der Anforderungen notwendig.

Empfohlene Maßnahmen

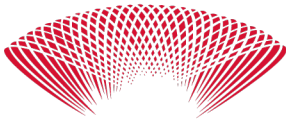
- Vereinfachung und Harmonisierung der Beschaffungsstandards mit NATO- und EU-Partnern, um Interoperabilität und schnellere Vergabeprozesse zu ermöglichen.
- Verzicht auf übermäßige nationale Sonderregelungen, die Beschaffungskosten und -zeiten unverhältnismäßig erhöhen.
- Einführung eines Fast-Track-Beschaffungsverfahrens für einsatzkritische Systeme, um Verzögerungen zu vermeiden.

Modernisierung der Vergabeprozesse und Beschleunigung der Beschaffung

Der derzeitige Beschaffungsprozess der Bundeswehr ist stark reglementiert und intransparent, was zu langen Vorlaufzeiten für Rüstungsprojekte führt. In der Praxis bedeutet dies, dass Unternehmen oft erst spät in den Beschaffungsprozess einbezogen werden, was nicht nur zu höheren Kosten, sondern auch zu technologisch veralteten Lösungen führt.

Empfohlene Maßnahmen

- Frühzeitige Einbindung der Industrie in den Bedarfsermittlungsprozess, um praxisnahe Lösungen und marktfähige Technologien besser zu nutzen.
- Das derzeitige Dokument „Projektbezogene Bedarfsdeckung und Nutzung“ (PBN) sollten im Hinblick auf die zusätzliche Dynamik der Technologieentwicklung überarbeitet werden, um Bürokratie abzubauen und Entscheidungsprozesse zu beschleunigen.



- Um Vergabeprozesse zu beschleunigen, sollte auf bereits geleistete Vorarbeiten der SVI und deren vorhandenes industrielles Know-How zurückgegriffen werden, um so die Kompetenz der Industrie frühzeitig einzubinden und die Flexibilität zur Nutzung von hier vorhandenen industriellen Kapazitäten zu verbessern.
- Es ist erforderlich die Möglichkeiten zu freihändiger Vergabe aus Dringlichkeitsgründen sowie bei definierten Schlüsseltechnologien und zentralen Technologiefeldern über Art. 346 AEUV zu nutzen.
- Bei Beschaffungen aus dem Ausland ist unter anderem aus Souveränitätsgründen sicherzustellen, dass die deutsche Industrie bei Wartung, Instandsetzung und Weiterentwicklung über den gesamten Lebenszyklus eines Systems einbezogen wird. Zudem sollte Deutschland aus wohlverstandenen Souveränitätsinteresse nur im Ausnahmefall im nicht-europäischen Ausland beschaffen und immer dann, wenn es nationale und europäische Lösungen gibt, diese bevorzugen.

Förderung von Start-ups und KMU in der Verteidigungsindustrie

Ein weiteres zentrales Problem ist der eingeschränkte Zugang von Start-ups und kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) zu Verteidigungsaufträgen. Die derzeitigen Vergaberegulungen bevorzugen etablierte Großunternehmen, wodurch das Potenzial junger, innovativer Unternehmen nicht ausgeschöpft wird. Um die Innovationskraft der deutschen SVI zu stärken, muss der Staat als Ankerkunde für Start-ups fungieren.

Empfohlene Maßnahmen

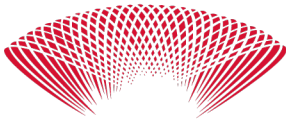
- Erleichterung des Marktzugangs für Start-ups durch vereinfachte Vergabe- und Finanzierungsmechanismen.
- Schaffung spezieller Förderprogramme für KMU, die innovative Technologien für die Verteidigungsbranche entwickeln.
- Implementierung von Schnellverfahren für innovative Produkte, um neue Technologien schneller in die Truppe zu bringen.
- Kooperation mit der europäischen Verteidigungsagentur (EDA) zur Integration deutscher Start-ups in europäische Innovationsprojekte.

Digitalisierung der Beschaffung und Prozessautomatisierung

Die mangelnde Digitalisierung der Beschaffungsprozesse stellt eine weitere Hürde dar. Während in der Privatwirtschaft agile und digitale Vergabesysteme längst etabliert sind, sind viele Beschaffungsvorgänge der Bundeswehr papierbasiert und ineffizient.

Empfohlene Maßnahmen

- Einführung eines digitalen Beschaffungssystems mit transparenten Echtzeit-Informationen über den Stand von Vergaben.
- Automatisierung von Verwaltungsprozessen zur Reduzierung der Bearbeitungszeiten.
- Schaffung einer digitalen Plattform für Industriepartnerschaften, um die Kooperation zwischen Bundeswehr, etablierten Unternehmen und Start-ups zu erleichtern.



5. Rüstungsexportpolitik: Verlässlichkeit und europäische Harmonisierung

Die Exportpolitik für Rüstungsgüter ist ein entscheidender Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen SVI sowie für die geopolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands. Während Rüstungsexporte politischen, rechtlichen und ethischen Maßgaben unterliegen, sind sie zugleich ein unverzichtbares Instrument, um die technologische Souveränität und wirtschaftliche Stabilität der deutschen Verteidigungsindustrie zu gewährleisten. Die aktuelle Exportpraxis ist jedoch von Intransparenz, langen Entscheidungswegen und nationalen Sonderregelungen geprägt, die internationale Kooperationen erschweren und Unternehmen in ihrer Planungssicherheit beeinträchtigen. Um die deutsche und europäische Verteidigungsfähigkeit zu stärken, muss die Exportpolitik verbindlicher, verlässlicher und stärker mit europäischen Partnern harmonisiert werden. Die Zusatzvereinbarung zum Aachener Vertrag bietet hierbei ein gutes Muster, um zu gemeinsamen europäischen Verfahren zu kommen.

Europäische Harmonisierung der Exportgenehmigungen

Deutschland verfolgt derzeit eine strengere Exportpolitik als viele europäische Partner, was zu Problemen bei multinationalen Rüstungsk Kooperationen führt. Insbesondere Frankreich und Großbritannien haben flexiblere Regelungen, wodurch deutsche Unternehmen bei gemeinsamen Projekten oft benachteiligt werden. Eine Harmonisierung der europäischen Exportgenehmigungen ist daher essenziell, um:

- Multinationale Rüstungsprojekte zu erleichtern, indem einheitliche Exportbedingungen für gemeinsame Waffensysteme geschaffen werden.
- Länderübergreifende Unternehmenskooperationen zu stärken, damit deutsche Firmen nicht durch restriktive Vorgaben an Wettbewerbsfähigkeit verlieren.
- Die Rolle Europas als eigenständiger sicherheitspolitischer Akteur zu fördern, indem ein gemeinsames Regelwerk für strategische Exporte entwickelt wird.

Deutschland sollte sich daher für eine einheitliche europäische Regelung für Rüstungsexporte einsetzen, die sowohl wirtschaftlichen Interessen als auch sicherheitspolitischen Anforderungen gerecht wird.